

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Hans Stercken, Karl Lamers, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Dr. Walter Franz Altherr, Anneliese Augustin, Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Meinrad Belle, Hans-Dirk Bierling, Dr. Maria Böhmer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Dankward Buwitt, Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Renate Diemers, Maria Eichhorn, Anke Eymer, Ilse Falk, Dr. Karl H. Fell, Dirk Fischer (Hamburg), Leni Fischer (Unna), Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Ganz (St. Wendel), Peter Götz, Claus-Peter Grotz, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Rainer Haungs, Manfred Heise, Dr. Renate Hellwig, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Joachim Hörster, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Siegfried Hornung, Claus Jäger, Karin Jeltsch, Dr. Dionys Jobst, Dr. Egon Jüttner, Michael Jung (Limburg), Peter Kittelmann, Hartmut Koschyk, Thomas Kossendey, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Wolfgang Krause (Dessau), Franz Heinrich Krey, Dr.-Ing. Paul Krüger, Dr. Ursula Lehr, Christian Lenzer, Editha Limbach, Dr. Manfred Lischewski, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Theo Magin, Erwin Marschewski, Günter Marten, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Hedda Meseke, Maria Michalk, Dr. Franz Möller, Engelbert Nelle, Johannes Nitsch, Claudia Nolte, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Dr. Gerhard Päselt, Hans-Wilhelm Pesch, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Hermann Pohler, Rosemarie Priebus, Otto Regenspurger, Dr. Berthold Reinartz, Werner Ringkamp, Kurt J. Rossmann, Dr. Christian Ruck, Helmut Sauer (Salzgitter), Ortrun Schätzle, Heribert Scharrenbroich, Heinz Schemken, Christian Schmidt (Fürth), Trudi Schmidt (Spiesen), Michael von Schmude, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Rupert Scholz, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Wilfried Seibel, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Herbert Werner (Ulm), Gabriele Wiechatzek, Dr. Roswitha Wisniewski, Dr. Fritz Wittmann, Cornelia Yzer, Wolfgang Zeitlmann und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Dr. Olaf Feldmann, Dr. Cornelia von Teichman, Dr. Bruno Menzel, Arno Schmidt (Dresden), Burkhard Zurheide, Dr. Werner Hoyer, Günther Friedrich Nolting, Jürgen Koppelin, Uwe Lühr, Manfred Richter (Bremerhaven), Dieter-Julius Cronenberg (Arnsberg), Dr. Burkhard Hirsch, Gerhard Schüßler, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Martin Grüner, Uta Würfel, Dr. Sigrid Hoth, Dr. Gisela Babel und der Fraktion der F.D.P.

zu der vereinbarten Debatte zur deutsch-französischen Freundschaft
anlässlich des 30. Jahrestages des Elysée-Vertrages

Vor 30 Jahren wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Dieses Vertragswerk hat einen Prozeß der Aussöhnung und der intensiven Zusammenarbeit eingeleitet, der das Verhältnis beider Völker zueinander von Grund auf neu gestaltete und damit zu einem Friedenswerk von außerordentlichem Rang wurde.

Hiermit wurde ein neues, bisher in dieser Qualität nicht gekanntes Kapitel Geschichte eröffnet, das den Weg von konfrontativem Denken und Zweckbündnissen zur dauerhaften Kooperation und Integration wies.

Deutschland und Frankreich haben sich mit diesem Vertrag auf das Werk der europäischen Einigung verpflichtet und eine besondere Verantwortung für die Zielsetzung der Europäischen Union übernommen, die durch das Maastrichter Vertragswerk verwirklicht wird.

Die deutsch-französischen Beziehungen wiesen stets über ihren Selbstzweck hinaus, indem sie neben der bilateralen Aussöhnung und Freundschaft in den Dienst der europäischen Integration gestellt wurden und weiterhin Voraussetzung, Grundlage und bleibender Antrieb für die Weiterführung und Vollendung des europäischen Einigungswerkes sind. Gerade auch angesichts des Wiederauflebens alter Krisenherde und Nationalismen in Europa sind der Elysée-Vertrag und der Europäische Einigungsprozeß als Friedensmodell unverzichtbar.

Der Bundestag wolle beschließen:

- Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die tiefgreifenden Umwälzungen vor allem in Mittel- und Osteuropa und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit das Europa der Europäischen Gemeinschaft und die deutsch-französischen Beziehungen nicht unberührt gelassen haben.

Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich auch in dieser schwierigen Zeit des Umbruchs seit 1989 bewährt und ihren Charakter als solide Schicksalsgemeinschaft bewiesen. Angesichts der grundlegenden Veränderungen im Gefüge der internationalen Beziehungen durch die Beendigung des Ost-West-Gegensatzes und die Umwälzungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hält der Deutsche Bundestag den Elysée-Vertrag heute mehr denn je für ein wegweisendes Beispiel einer gelungenen Aussöhnungspolitik. Er ist Modell für die gedeihliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit der Staaten in ganz Europa und damit ein Vorbild, wie den neuen europäischen und globalen Herausforderungen unter Wahrung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten begegnet werden kann.

- Deutschland und Frankreich tragen gemeinsam besondere Verantwortung für das Gelingen des Demokratiesierungs- und Liberalisierungsprozesses in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie für den Aufbau und die Festigung demokratischer Strukturen in der im Süden an die EG angrenzenden Mittelmeerregion.

- Der Deutsche Bundestag sieht die Vertiefung und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft als gleichermaßen notwendig an, um den politischen Aufgaben und Herausforderungen in ganz Europa gerecht zu werden, und begrüßt, daß sich Deutschland und Frankreich im Rahmen der 60. Deutsch-französischen Konsultationen noch einmal ausdrücklich diesen beiden Zielen verpflichtet haben. Die Europäische Union muß offen sein für den Beitritt weiterer europäischer Staaten, die bereit und in der Lage sind, die Ziele und Verpflichtungen der Union mitzutragen.
- Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Einrichtung des Deutsch-französischen Wirtschaftsrates und des Deutsch-französischen Sicherheitsrates 1988 anläßlich des 25. Jahrestages des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit einen entscheidenden Anstoß zur Weiterführung der institutionellen Vertiefung auf europäischer Ebene gegeben hat.
- Der Deutsche Bundestag begrüßt daher, daß der wesentlich durch deutsch-französische Initiative zustande gekommene Maastrichter Vertrag die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hin zur Europäischen Union festschreibt und die dafür notwendigen Bereiche
 - Wirtschafts- und Währungsunion,
 - gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und
 - Zusammenarbeit in den Bereichen der Innen- und Justizpolitikvertraglich regelt.

Er hofft, daß die deutsch-französischen Beziehungen jetzt einen entscheidenden Beitrag dazu leisten werden, um diesen Vertrag umzusetzen und ihn in allen seinen Teilen für eine friedliche und prosperierende Entwicklung in ganz Europa zu nutzen.

- Der Deutsche Bundestag, überzeugt, daß das europäische Einigungswerk unvollständig bleiben muß, solange es nicht auch Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung umfaßt, würdigt die im Maastrichter Vertrag angelegte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als qualitative Fortschreibung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und als Ausgangspunkt für die Entwicklung auch einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.

Dazu kann das mit der deutsch-französischen Erklärung vom 22. Mai 1992 beschlossene Eurocorps ein konkreter Beitrag sein, mit dem gleichzeitig der Europäische Pfeiler im Bündnis und die Atlantische Allianz insgesamt gestärkt werden.

- Der Deutsche Bundestag zeigt sich gleichermaßen befriedigt darüber, daß der deutsch-französischen Zusammenarbeit im kulturellen Bereich durch die Einsetzung des deutsch-französischen Fernsehprogramms „Arte“ neuer Auftrieb verliehen wurde. Der Deutsche Bundestag hebt hervor, daß es nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben der kulturellen Zusammen-

arbeit gehört, zusätzliche Anreize zu schaffen, damit mehr Deutsche und Franzosen die Sprache des Partnerlandes erlernen. Er regt hierzu die verstärkte Einrichtung von zweisprachigen Zweigen in allen Schulformen an, die mit dem gleichzeitigen Erwerb des deutschen Abiturs und des französischen Baccalaureats enden sollten, um auf diese Weise auch dem Austausch von Studenten und dem Studium im Nachbarland den Weg zu ebnen.

Die Begegnung der Jugend beider Länder hat fundamentale Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Identität. Der Deutsche Bundestag würde daher die Schaffung eines großen Jugendpreises begrüßen, um herausragende Aktivitäten von Jugendlichen im deutsch-französischen Bereich zu würdigen.

- Der Deutsche Bundestag regt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen an. Durch die politische und parlamentarische Zusammenarbeit soll ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten übernationaler Politik und Zusammenarbeit und gleichzeitig ein konkreter Anstoß für die Vertiefung der parlamentarischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gegeben werden. Daher würde der Deutsche Bundestag die regelmäßige Abhaltung von gemeinsamen Plenar- und Ausschusssitzungen der beiden Parlamente begrüßen, die ein Forum für die Diskussion der großen aktuellen Themen darstellen könnten, die beide Länder betreffen. Sie könnten dazu beitragen, die gesetzgebende Arbeit hinsichtlich der wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen zu harmonisieren.

Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortung, die Deutsche und Franzosen für die Zukunft Europas und der internationalen Gemeinschaft haben, fordert der Deutsche Bundestag daher die Bundesregierung auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Sinne zielstrebig weiterzuführen.

Bonn, den 20. Januar 1993

Dr. Hans Stercken
Karl Lamers
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Dr. Walter Franz Altherr
Anneliese Augustin
Heinz-Günter Bargfrede
Dr. Wolf Bauer
Meinrad Belle
Hans-Dirk Bierling
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Dankward Buwitt
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Renate Diemers

Maria Eichhorn
Anke Eymer
Ilse Falk
Dr. Karl H. Fell
Dirk Fischer (Hamburg)
Leni Fischer (Unna)
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Ganz (St. Wendel)
Peter Götz
Claus-Peter Grotz
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Rainer Haungs
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Dr. h. c. Adolf Herkenrath

Joachim Hörster
Dr. Paul Hoffacker
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Claus Jäger
Karin Jeltsch
Dr. Dionys Jobst
Dr. Egon Jüttner
Michael Jung (Limburg)
Peter Kittelmann
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Wolfgang Krause (Dessau)
Franz Heinrich Krey
Dr.-Ing. Paul Krüger
Dr. Ursula Lehr
Christian Lenzer
Editha Limbach
Dr. Manfred Lischewski
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Erwin Marschewski
Günter Marten
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Dr. Hedda Meseke
Maria Michalk
Dr. Franz Möller
Engelbert Nelle
Johannes Nitsch
Claudia Nolte
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Gerhard Päselt
Hans-Wilhelm Pesch
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Hermann Pohler
Rosemarie Priebus
Otto Regenspurger
Dr. Berthold Reinartz
Werner Ringkamp
Kurt J. Rossmanith
Dr. Christian Ruck
Helmut Sauer (Salzgitter)
Ortrun Schätzle

Heribert Scharrenbroich
Heinz Schemken
Christian Schmidt (Fürth)
Trudi Schmidt (Spiesen)
Michael von Schmude
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Wilfried Seibel
Bärbel Sothmann
Karl-Heinz Spilker
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Herbert Werner (Ulm)
Gabriele Wiechatzek
Dr. Roswitha Wisniewski
Dr. Fritz Wittmann
Cornelia Yzer
Wolfgang Zeitlmann
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Irmer
Dr. Olaf Feldmann
Dr. Cornelia von Teichman
Dr. Bruno Menzel
Arno Schmidt (Dresden)
Burkhard Zurheide
Dr. Werner Hoyer
Günther Friedrich Nolting
Jürgen Koppelin
Uwe Lühr
Manfred Richter (Bremerhaven)
Dieter-Julius Cronenberg (Arnsberg)
Dr. Burkhard Hirsch
Gerhard Schüßler
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Martin Grüner
Uta Würfel
Dr. Sigrid Hoth
Dr. Gisela Babel
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

